

Stenographischer Bericht

18. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VII. Periode — 10. Dezember 1971

Inhalt:

Wahlen:

- Wahl des Landeshauptmannes von Steiermark:
Wahlvorschlag: 3. Präsident Feldgrill (535).
Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (535), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (535).
- Wahl des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Friedrich Niederl zum Landeshauptmann (536).
Erklärung des Landeshauptmannes Dr. Niederl (536).
- Wahl des Nationalrates Dr. Josef Krainer zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung (540).

Beginn der Sitzung: 15 Uhr.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hoher Landtag! Ich eröffne die 18. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VII. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht die Wahl des Landeshauptmannes und eines Regierungsmitgliedes.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Wir beginnen mit der Wahl des Landeshauptmannes.

Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Vorschlag für die Wahl des Landeshauptmannes.

Dritter Präsident Feldgrill: Namens der Österreichischen Volkspartei schlage ich den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Friedrich Niederl zum Landeshauptmann vor. Dr. Niederl hat sich in seinem bisherigen Aufgabenbereich hervorragend bewährt. Er hat seine Verantwortung ernst genommen und seine Pflicht vorbildlich erfüllt. Wir sind überzeugt, daß Dr. Niederl als Landeshauptmann der erste Diener des Landes für alle Steirerinnen und Steirer sein wird.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! In Wahrung einer demokratischen Gepflogenheit, wonach es der mandatsstärksten Fraktion zusteht, den zu wählenden Kandidaten vorzuschlagen, wird die sozialistische Fraktion in diesem Hause dem vorgeschlagenen Kandidaten Dr. Niederl ihre Stimme geben. Wir werden weiters auch, wie vereinbart, bei der Wahl eines Regierungsmitgliedes mitstimmen. Wir tun dies in Erwartung einer korrekten und im Interesse des Landes gelegenen Zusammenarbeit.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Landtagswahl im März 1970 wurde ich gefragt, wie sich die Freiheitliche Partei zur Landeshauptmannwahl stellt. Meine damalige Antwort lautete, daß das Verhalten der freiheitlichen Abgeordneten vom Ergebnis noch zu führender Verhandlungen abhängt. Diese Verhandlungen haben im April und Mai 1970 stattgefunden und zu Ergebnissen geführt, die es den Freiheitlichen in diesem Hohen Haus möglich machten, am 14. Mai 1970 ihre Stimmen für Landeshauptmann Josef Krainer und die übrigen vorgeschlagenen Mitglieder der Landesregierung abzugeben. Schon damals habe ich Wert darauf gelegt, in aller Öffentlichkeit die Durchführung und das Ergebnis politischer Verhandlungen klarzustellen, da sie ja oft und fälschlich als politischer Kuhhandel dargestellt werden. Dabei geht es aber nicht nur um das legitime Recht jeder politischen Partei, sondern sogar um die Pflicht, im Dienste der eigenen Wählerschaft bei der Gestaltung der Landespolitik im gegebenen Ausmaß mitzuwirken. Die Basis dieser Mitwirkung, für die Freiheitliche Partei in besonderem Maße die Basis ihrer kontrollierenden Tätigkeit, kann nur in Verhandlungen abgesteckt und erreicht werden. Es war daher nur eine Konsequenz dieser Haltung, daß wir nach dem plötzlichen Tod von Landeshauptmann Josef Krainer und vor der heutigen Landtagssitzung die Forderung erhoben haben, Parteienverhandlungen zu führen. Als deren Ergebnis darf ich feststellen, daß die Österreichische Volkspartei die seinerzeitige Arbeitsgrundlage vom Mai 1970 garantiert, womit der Vorsitz im Kontrollausschuß des Steiermärkischen Landtages weiterhin der Freiheitlichen Partei übertragen bleibt. Auch wird damit das Mitspracherecht der Freiheitlichen im Rahmen bestimmter Förderungskredite des Budgets, ebenso wie bei Bedarfszuweisungen an freiheitliche Bürgermeister, sichergestellt. Außerdem werden Verhandlungen im kommenden Jahr zu einer Änderung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zumindest im Zusammenhang mit der Fragestunde führen. Damit wird die Möglichkeit einer zweiten Zusatzfrage und die tatsächliche Berichtigung von Antworten eines Regierungsmitgliedes geschaffen werden. Zuletzt hat sich die Österreichische Volkspartei zu gemeinsamen Verhandlungen aller Landtagsfraktionen mit dem Ziele bekannt, die Landtagswahlordnung im Sinne einer möglichst gerechten Wertung aller Wählerstimmen zu ändern. Da somit die sachliche Basis der Mitarbeit in der Landespolitik für die freiheitliche Landtagsfraktion gegeben ist, werden die freiheitlichen Abgeordneten in den nun folgenden Wahlgängen ihre Stimmen,

für die vorgeschlagenen Kandidaten abgeben. Die Wahl von Dr. Friedrich Niederl zum Landeshauptmann möchte ich aber auch zum Anlaß nehmen, einige kurze persönliche Bemerkungen anzuschließen.

Es ist mir völlig bewußt, welche Schwierigkeiten für jeden dann bestehen, wenn er eine bedeutsame Funktion nach einem Vorgänger übernimmt, der in dieser Aufgabe fast ein Vierteljahrhundert gewirkt hat. Diese Aufgabe wird nicht leichter, wenn die Wahl in verschiedenen Zeitungen als personelle Übergangslösung charakterisiert wird. Ich stehe auch nicht an zu erklären, daß ich es bedauern würde, wenn diese Berichterstattung zu Recht erfolgt wäre. Ebenso würde ich es für falsch halten, den tragischen Tod von Landeshauptmann Josef Krainer zum Anlaß zu nehmen, unterschiedliche Meinungen nicht zum Ausdruck zu bringen. So war und ist es kein Geheimnis, daß ich als Sprecher der freiheitlichen Landtagsfraktion in zunehmendem Maß in den letzten Jahren den patriarchalischen Stil der Landespolitik zwar von der Person her verstanden, in der Sache selbst aber abgelehnt habe und ablehnen mußte. Da nun all die aufgezeigten Schwierigkeiten auch die Versuchung in sich bergen, nicht nur in der Funktion nachzuzufolgen, sondern vielleicht auch im Stil nachzuzahlen, möchte ich keineswegs nur als freiheitlicher Abgeordneter, sondern im Interesse der zukünftigen Entwicklung unseres engeren Heimatlandes der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die breiteste denkbare Basis gemeinsamer Arbeit für Steiermark auch die Kennzeichnung des nun beginnenden neuen Abschnittes steirischer Politik sein wird.

Präsident: Wir kommen nun zum Wahlvorgang selbst. Für die Wahl werden Stimmzettel verwendet.

Ich ersuche die Abgeordneten Ritzinger und Brandl, die Stimmzettel zu verteilen, wieder einzusammeln und mich sodann bei der Zählung zu unterstützen. Auf den Stimmzettel bitte ich den Namen des zu wählenden Kandidaten zu schreiben.

(Verteilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Für den Wahlvorschlag wurden 56 gültige Stimmen abgegeben.

Damit ist Herr Dr. Friedrich Niederl zum Landeshauptmann gewählt. (Allgemeiner starker Beifall.)

Ich frage Herrn Dr. Friedrich Niederl, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Niederl: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Herr Dr. Friedrich Niederl! Ich begrüße Sie im Namen des Landtages als eben rechtmäßig gewählten Landeshauptmann der Steiermark. Herr Landeshauptmann, die Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die Ihnen ihr Vertrauen bekundet haben, erwarten von Ihnen die gewissenhafte und pflichtgetreue Erfüllung der Aufgaben in Ihrem hohen und schweren Amte und wünschen Ihnen im Namen des steirischen Volkes dazu Kraft, Gesundheit und Gottes Hilfe.

Lieber Herr Landeshauptmann! Wenn es auch rechtlich nicht relevant ist, so hat es doch ein moralisches Gewicht, wenn du über das Votum des Land-

tages hinaus dir der Zustimmung des Mannes bewußt sein kannst, der vor dir auf diesem Platz gesessen ist. Das ist wie ein väterlicher Segen, der dich in deinen Unternehmungen im Dienste und in der Verantwortung für das Land begleiten wird, in denen wir alle dich redlich unterstützen wollen. (Allgemeiner starker Beifall.)

Ich erteile nun dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort.

Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl: Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kollegen der Landesregierung, sehr geehrte Frauen und Herren des Landtages!

Wir stehen noch voll unter dem Eindruck des schweren Schicksalsschlages, der das Land Steiermark durch den unerwarteten Heimgang unseres Landeshauptmannes Josef Krainer getroffen hat. Trotzdem mußte der Landtag unter Beachtung der Verfassung zur Neuwahl des Landeshauptmannes einberufen werden. Diese Neuwahl wurde nun vollzogen, und Sie haben mir das Vertrauen ausgesprochen.

Ich danke für diese Gesinnung, die mir von den Damen und Herren Abgeordneten entgegengebracht wurde.

Ich möchte Ihnen in aller Verbundenheit und mit ganzem Herzen versprechen, meine ganze Kraft einzusetzen, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen und der steirischen Bevölkerung, der ich mich mit ganzem Herzen verbunden fühle, zu dienen.

Mit vielen guten Worten und mit echter Anteilnahme wurde in der vergangenen Woche unseres unvergeßlichen Landeshauptmannes Josef Krainer gedacht. In den Tagen der Trauer konnte natürlich nur Stückwerk geboten werden. Die Würdigung dieses großen Steirers wird nur in der historischen Betrachtung möglich sein. Ich möchte aber gerade an dieser Stelle auch eine persönliche Anmerkung machen. Unser verstorbener Landeshauptmann war mir ein väterlicher Freund mit aller Güte und Strenge, der nicht nur mich, sondern alle teilnehmen ließ an seinen reichen Erfahrungen, seiner warmherzigen Menschlichkeit und an den Sorgen für die Steiermark.

Josef Krainer hat bei seiner letzten Wiederwahl am 14. Mai 1970 vor diesem Hause das Arbeitsprogramm für die laufende Gesetzgebungsperiode bis 1975 entwickelt. Dieses Programm ist im vollen Fluß. Unser verstorbener Landeshauptmann Josef Krainer wäre aber mit uns nicht zufrieden, wenn wir uns nur auf das verlassen würden, was er für uns konzipiert und vorbereitet hat.

Das Vermächtnis, welches er uns mit auf den Weg gegeben hat, bedarf einer fortgesetzten Erneuerung aller Kräfte, die Neues hervorbringen können. Das gilt für unsere Bevölkerung und für jeden einzelnen von uns. Wir sollen uns aber nicht in der Fülle der Arbeit, die uns erfaßt, verlieren, sondern wir müssen gemeinsam trachten, das Wichtigste für den einzelnen und für die Gemeinschaft zu verwirklichen. Gerade diese Schwerpunkte werden als Richtschnur unseres Handelns zu beachten sein.

Es ist die Betonung einer eigenständigen Landespolitik und die ständige Überprüfung der erarbeiteten Konzepte, wobei wir gerade bei diesen Konzep-

ten auch den Mut zur Änderung haben müssen. Es ist uns aufgetragen, den Freiheitsraum der Steirer im weitesten Sinne des Wortes zu sichern und den guten und vernünftigen Ausgleich zwischen jung und alt zu suchen. In diesem Hohen Hause und auch in der Landesregierung wird es notwendig sein, mit allem Ernst die Sorgen des einzelnen mit den Anliegen der Gemeinschaft abzustimmen. Wir Steirer sind nicht nur das „wilde Bergvolk hinter dem Semmering“, sondern — gerade aus diesem Spruch heraus festgestellt —, im besten Sinne des Wortes gemeint, ein selbstbewußtes Volk. Wir sind der Tradition, dem Fortschritt und unserem Volkstum verbunden; jedes Tal hat bei uns seine Eigenart. Wir sind ein Land der Vielfalt auf allen Gebieten. Wir sind gegenüber dem Neuen aufgeschlossen und dafür weit über unsere Grenzen bekannt. Dabei sind wir keinesfalls für Illusionen, die nichts Gutes oder Produktives erbringen, anfällig.

Heute und hier in diesem traditionsreichen Raum soll unsere steirische, ja ich möchte fast sagen ursteirische Verpflichtung formuliert werden:

Wir sind die ersten Diener dieses wunderschönen Landes. Wir haben den politischen Auftrag, dieses Land in dieser Art zu erhalten und weiter auszubauen. In einem föderalistischen Staat, den wir immer verteidigen, steht nicht im Vordergrund, wie die politischen Verhältnisse auf Bundesebene gelagert sind. Wir sind daher nicht in Opposition zur Bundesregierung, da sie nach der Verfassung verpflichtet ist, in ihrer Politik auf alle Bundesländer zu schauen und auf das Leben dieser Bundesländer und ihrer Menschen einzugehen. Wir werden im Lande jedoch nur dann eine Oppositionsstellung einnehmen, wenn die Rechte unseres Landes und der Menschen in diesem Land in Wien nicht genügend beachtet oder vergessen werden sollten. Als steirische Volkspartei repräsentieren wir in Respektierung der demokratischen Spielregeln die Mehrheit in Regierung und Landtag. Als Ihr neugewählter Landeshauptmann ersuche ich Sie, liebe Frauen und Herren Abgeordnete, sich weiter zu dieser Gesinnung zu bekennen, damit unsere gemeinsame Kraft nicht im kleinlichen, oft unbedeutenden Streit der Parteien vergeudet wird. Unsere Kraft soll einzig und allein der steirischen Bevölkerung zugute kommen.

Bewahren wir uns das steirische Klima, welches Bewunderung und Anerkennung in unserer Umwelt gefunden hat! Setzen wir gemeinsam Akte steirischer Eigenständigkeit und seien wir ein bißchen stolz, daß wir dies tun können! Denken wir immer gemeinsam an die Sorgen, Schmerzen und Nöte der Steirerinnen und Steirer in allen Teilen und Bereichen unseres Landes.

Es gibt viele Möglichkeiten, den guten Willen gleich zu zeigen. In der nächsten Woche wird das Landesbudget 1972 beschlossen, das in seinen Ansätzen viele Aufgaben gerade für die Landesregierung zu erfüllen gibt. Wir werden mit dem Finanzausgleich als ganz wichtige Frage für unser Bundesland und unsere Gemeinden konfrontiert sein. Wir fordern einen paktierten Finanzausgleich zwischen dem Bund, den Ländern und unseren Gemeinden. Wir können als Hintergrund dieser wichtigen finanz-

politischen Frage keine kleinlichen politischen Zielsetzungen anerkennen. Unser gemeinsames Streben müßte es sein, einen Ausgleich zu finden, der es weiter möglich macht, unseren Lebensraum nicht nur zu erhalten, sondern immer wieder zu gestalten.

Dazu gehören unsere Ballungszentren und alle Städte genauso wie die Märkte und Dörfer, in denen Steirer leben. Unsere Landeshauptstadt Graz wird genauso einzubeziehen sein wie die Beachtung der schwierigen Situation unserer kleinen und unserer Grenzgemeinden: Eines muß für uns aber auch sehr klar sein:

Eine Erhöhung der Belastung breiter Bevölkerungsschichten, besonders jener, die noch nicht den gebührenden Anteil an der Wohlstandsentwicklung haben, zum Beispiel durch Aufstockung von Massensteuern, müssen wir gemeinsam verhindern. Unsere Verantwortung gilt den geistig Tätigen genauso wie den manuell Tätigen. Sie gilt den Arbeitern, Bauern und Angestellten wie den Beamten, den Freischaffenden, Handelstreibenden, den Inhabern von Dienstleistungsbetrieben und den Verantwortlichen mit Mitarbeitern der industriellen und gewerblichen Betriebe. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung haben alle ihre wichtige Funktion. Gerade ihr haben wir es schließlich zu danken, daß ein anhaltender Aufstieg eingeleitet werden konnte. Wir sollen aber erkennen, daß dieser Aufstieg nicht für alle Zukunft garantiert ist, sondern daß wir ununterbrochen darum ringen müssen. Daher muß uns immer wieder etwas Neues einfallen, um die Motoren des Fortschritts in Gang zu halten. Unsere Politik ruht auf drei Säulen, die stets miteinander in Einklang stehen müssen:

1. der ununterbrochenen geistigen und schöpferischen Arbeit,
2. der Förderung unserer Wirtschaft in allen Bereichen und
3. der Erfüllung der sozialen Verpflichtungen.

Wir bekräftigen immer und zu jeder Zeit die Wirtschaftsförderung, und zwar deswegen, um zur Sicherung der Existenz der Steirer beizutragen und die Wirtschaft auch durch unsere Mitwirkung, durch Aufträge und Unterstützung so ergiebig zu gestalten, daß jene Erträge abgeworfen werden, die wir brauchen, um unsere Gemeinschafts- und sozialen Aufgaben, zum Beispiel die Finanzierung der Kranken-, Heil und Pflegeanstalten zu erfüllen. Wir müssen trachten, daß das Gleichmaß Wirtschaft — soziale Verpflichtung immer wirksam ist. Wenn die Wirtschaft nicht mehr Erträge abwirft, wird auch im sozialen Bereich eine rückläufige Bewegung einsetzen. Ohne wirtschaftliche Stärkung im umfassenden Sinne gibt es auch keine sozialen Leistungen. Dieses Grundsatzes müssen wir immer eingedenk sein.

Ich möchte aber doch einige Bereiche herausgreifen, die uns in nächster Zeit beschäftigen werden:

Ein besonderes Anliegen unseres verstorbenen Landeshauptmanns war die regionale Wirtschaftspolitik. Er wurde dafür einerseits verteufelt und andererseits anerkannt. Wir sind aber gut beraten, wenn wir diese Linie fortsetzen. Gerade hier ist

uns eine mehrfache Aufgabe gestellt. Wir haben an der Sanierung der alten, branchenmäßig einseitig orientierten Industriegebiete mitzuwirken und den Aufbau oder die Änderung neuer Strukturen in jenen Landesteilen, die einer wirtschaftlichen Stärkung bedürfen, zum Beispiel durch die Umschulung von Arbeitskräften und anderes, fortzusetzen. Es sollen vor allem jene Förderungsmaßnahmen im Vordergrund stehen, die bei aller Beachtung der Probleme dazu dienen, möglichst vielen Menschen im Bereiche ihrer Wohnsitze Arbeit und Versorgung ihrer Familie zu geben. Das Pendlerschicksal ist hart. Es bedeutet vielfach, daß der Familienerhalter nur mehr des Nachts daheim ist und ständig überfüllte Verkehrsmittel benützen muß, um zum Arbeitsplatz zu kommen. Als Land fühlen wir uns moralisch verpflichtet, einen Beitrag zu leisten, damit es zu einer breiten Streuung von Betriebsstätten insbesondere dort kommt, wo Arbeitskräfte vorhanden sind. Für uns Steirer wird es aber auch sehr maßgeblich sein, wie weit das angekündigte Bundesinvestitionsprogramm zum Tragen kommt und welche Ordnung in der verstaatlichten Industrie hergestellt wird. Sollten unsere Industriegebiete im Mür- und Mürztal zweitrangig behandelt werden, müssen wir uns wehren. Wir anerkennen, daß große Lösungen in der verstaatlichten Industrie durchgesetzt werden müssen. Aber sie können nicht so sein, daß man außerhalb der Steiermark konzentriert und bei uns demontiert. Solche Ideen gibt es immer wieder. Wir bekennen uns vielmehr zu einer vernünftigen Arbeits- und Produktionsteilung innerhalb des österreichischen Industriekörpers. Alle Menschen, deren Existenz mit Eisen und Stahl, Kohle und der Elin Weiz verbunden ist, können jedenfalls auch in Zukunft mit unserem Rückhalt rechnen.

Unser wichtiges Kapital ist und bleibt die geistige Kapazität und die gute Arbeiterschaft, die wir zu bieten haben. Es ist auch bekannt, daß Pläne existieren, die darauf hinauslaufen, die Landes-Elektrizitätsgesellschaften in einen Topf zu werfen. Unsere STEWEAG hat gut gewirtschaftet und eine gezielte Investitionspolitik betrieben, die uns allen zugute kommt. Wir sind nicht dazu da, andere zu sanieren. Unsere Verpflichtung gilt vielmehr, dafür zu sorgen, daß der wachsende Strombedarf zu vertretbaren Preisen befriedigt wird. Was auf dem Papier oft sehr ansehnlich aussieht, ist in Wirklichkeit vielschichtig und ernst zu beurteilen. Diese Tatsache haben wir vor allem in der umfassenden Energiepolitik zu beachten.

Wer in der Wirtschaftsförderung nur der Verlockung zum Großbetrieb hin erliegt, verkennt die Lebensvorstellungen des Volkes. Natürlich ist die industrielle Massenproduktion für einen modernen Staat unentbehrlich. Niemals sollen wir jedoch auf die soliden Gewerbe- und Handwerksbetriebe verzichten, die uns mit all dem, in bester Qualität und preiswert, versorgen, was wir täglich brauchen.

Die Förderung des Fremdenverkehrs als eine der tragenden Existenzgrundlagen mit all seinen Einrichtungen wird für uns ein wichtiges Anliegen sein.

Wir erleben es bereits da und dort in dieser Welt, daß alles, was vom Fließband kommt, wohl verfügbar ist, darüber hinaus aber viele, oft ein-

fache Bedürfnisse des Alltags fast nicht mehr befriedigt werden können. Diesen Weg dürfen wir nicht gehen.

Dagegen gibt es keine Alternative zwischen den großen und kleinen Betrieben, zwischen den privaten und verstaatlichten Unternehmen, sondern es gibt immer nur eine Wirtschaft, zu der auch die Land- und Forstwirtschaft zählt. Mit der Agrarpolitik kommen viele Regierungen dieser Welt oft nicht ganz zurecht. Wir haben den Strukturwandel eingeleitet und auch weiter dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft ihren Weg in der marktwirtschaftlichen Ordnung fortsetzt. Der Besitzfestigung, besonders durch Betriebsaufstockung, auch über den Grundauffangfonds, der Flurbereinigung und Grundzusammenlegung zur Erreichung einer verbesserten Arbeitsökonomie, dem Güter- und Gemeindegewebau, den Regulierungen und Entwässerungen und vielem anderem mehr haben wir weiterhin unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Restelektrifizierung wird bald abgeschlossen sein. Nun ist die Verstärkung der E-Netze notwendig, da der Bedarf der Landwirtschaft an elektrischer Energie weiterhin im Ansteigen ist. Der Ausbau des Telefonnetzes und die Sicherung eines besseren Empfanges der Fernseh- und Radiogeräte in allen Landesteilen ist eine wichtige Forderung im Interesse einer entsprechenden Information aller Bevölkerungsgruppen.

Wir werden unser besonderes Augenmerk auch weiterhin dem landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungswesen zuwenden.

Für Stadt und Land haben wir das Verkehrsgeschehen zu bewältigen, damit wir die immer mehr ansteigende Verkehrslast auffangen und ein Chaos verhindern können. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben oder gar utopischen Vorstellungen folgen. Mit dem Landesvoranschlag 1972 wurde auf diesem Gebiet ein wichtiger Schritt getan. Nachdem das Finanzierungsgesetz über die Gleinalm-Autobahn beschlossen wurde, konnten wir eine Einlage von 30 Millionen Schilling einsetzen. Der Bau und spätere Betrieb der Teilstrecke der Pyhrn-Autobahn von St. Michael ob Leoben nach Deutschfeistritz wird dazu führen, daß die Strecke Graz—Bruck—St. Michael um etwa 30 km verkürzt wird. Die Projektierung ist abgeschlossen. Im kommenden Jahr sind Grundablösen, der Bau von Großbrücken, die Errichtung bzw. Verlegung von elektrischen Leitungen usw. geplant. Die Detailprojektierung für die Südautobahn für den gesamten Abschnitt Hartberg—Graz—Pack ist projektmäßig abgeschlossen. Es ist demnach ausschließlich eine Frage der Finanzierung, wie rasch der Ausbau der Südautobahn voranschreitet.

Im Mur- und Mürztal sowie im gesamten Landesstraßennetz haben wir bis 1975 ein in den Grundlagen erarbeitetes Programm zu bewältigen, welches je nach Entwicklung der Verkehrsströme abänderbar sein wird.

Im Flugverkehr sind wir aus der Sackgasse ausgebrochen, so daß wir nun über internationale Linien nach Frankfurt, Zürich und München verfügen. Der weitere Ausbau des Flughafens Graz ist im wesentlichen finanziert. Wir werden uns auch darum zu kümmern haben, daß sowohl der Flug-

hafen Zeltweg als auch jener von Niederöblarn in den nächsten Jahren eine Zubringerfunktion nach Graz und Salzburg zu erfüllen hat und darüber hinaus dem Reiseverkehr mit kleinen Flugzeugen dient. Die Realisierung der Schnellbahnstudie zur Gewährleistung eines raschen Verkehrs von und nach Graz ist ein Anliegen, welches wir mit Nachdruck beim Bund gemeinsam zu vertreten haben werden. Wenn im nächsten Jahr für den Wohnungsbau fast eine Milliarde Schilling präliminiert ist, so können wir damit gerade den Stand der zu fördernden Wohneinheiten halten. In der Wohnungswirtschaft haben wir nicht nur Wohnräume zu schaffen, sondern neben der ausgeprägten sozialen Förderung des Wohnungswerbers je nach Einkommen und Familienstand dafür zu sorgen, daß größere und bessere Wohnungen gebaut werden. In diesem Zusammenhang wird auch zu berücksichtigen sein, daß für Schwerbeschädigte, für kinderreiche Familien, für Krankenschwestern und Studenten ausreichende Wohnräume zur Verfügung stehen. Bei der Entwicklung einer höherrangigen Wohnkultur werden wir vor allem mehr auf die Frauen hören müssen, die ein feines Einfühlungsvermögen in diese Probleme besitzen, denn sie sind es ja schließlich, die unser Heim mit Behaglichkeit erfüllen und ihren Stempel unserem häuslichen Dasein aufdrücken. Die Familie ist und bleibt für uns das wesentlichste Element für die Erziehung unserer Kinder. Im übrigen soll die Frau in vielen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens ihre volle Anerkennung finden.

Die Gesundheitspolitik bewegt begreiflicherweise jeden Menschen unseres Landes. Es genügt nicht, Krankenhäuser zu bauen, diese gut auszustatten und dann zu eröffnen. Die menschliche Durchdringung unseres Krankenhauswesens ist genauso wichtig. Desgleichen haben wir in verstärktem Maße dafür zu sorgen, daß vorbeugende Maßnahmen zum Einsatz gelangen, wie die Aufklärung und Förderung einer gesunden Ernährung, die Bekämpfung von Krebs und Zivilisationserkrankungen und schließlich alle Maßnahmen, die einer gesunden Umwelt dienen.

Die Obsorge für die Alten darf sich nicht in der Befriedigung des sozialen Gewissens erschöpfen, und zwar durch den Bau von Alters- und Fürsorgeheimen. Das allein wäre zu wenig. Alterskrankenhäuser für gebrechliche Personen, die eine medizinische Betreuung benötigen, und Wohnheime mit individuellem Charakter müssen geschaffen werden. Die finanziellen Probleme stehen dabei absolut nicht allein im Vordergrund, vielmehr wird es darauf ankommen, zu tragbaren Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zu gelangen. Nur so werden weitere Fortschritte zu erzielen sein, die der Würde freier Menschen entsprechen. Wir haben vor allem die verborgene Armut aufzuspüren und zu beseitigen.

Der Jugend helfen wir am besten, wenn für eine gute Ausbildung gesorgt wird. Unsere hohen Schulen sind Bundessache. Wir erklären uns in jedem Falle zuständig, wenn wir ihre Anliegen zu vertreten haben, sei es in der Besorgung des Baugeschehens oder bei der Begutachtung von Gesetzes-

entwürfen. Wir bejahen Neuordnungen der Hochschulorganisation, lehnen aber eine Zerstörung der Universitas ab, die uns nicht nur beste und fähige Kräfte hervorbringt, sondern unserem Lande Geltung und Ansehen in der Welt bringt. Die Akademie für Führungskräfte soll ihre wichtigen Aufgaben weiter erfüllen.

Die Gemeinden können wie bisher mit der Unterstützung über den Gemeindeausgleichs- und Schulbaufonds beim Bau der Pflichtschulen rechnen.

Das gewerbliche, kaufmännische und bäuerliche Berufsschul- bzw. Fachschulwesen wird fortlaufend ausreichend dotiert. Hier haben wir vor allem auch dafür zu sorgen, daß uns die Praxisnähe erhalten bleibt.

Die körperliche Ertüchtigung und jugendpflegerische Arbeit, die Unterstützung der Jugendverbände ist eine Selbstverständlichkeit, die jeweils in den Landesvoranschlägen ihren Niederschlag findet. Die steirischen Gemeinden bringen aus eigener Kraft derart anerkennenswerte Opfer, so daß das Programm „In jeder Gemeinde ein Sportplatz“ schon bald erfüllt sein wird.

Das legistische Programm dieses Hohen Hauses ist umfangreich. Vor allem werden wir uns mit der Raumordnung, den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen und allen jenen legislativen Maßnahmen zu beschäftigen haben, die uns ein moderner Umweltschutz auferlegt, wobei wir uns darüber im klaren sein müssen, daß in vielen Fällen die Zuständigkeit des Bundes gegeben sein wird. Wir werden aber auch die Bevölkerung zur Mitarbeit einladen, denn diese Probleme können wir nur gemeinsam lösen.

Das Hineinführen der Jugend in die Gemeinschaft war zu jeder Zeit ein Problem. Dem Recht der jungen Menschen auf wachsende Mitverantwortung wurde nicht zuletzt durch die Herabsetzung des Wahlalters eine deutliche Anerkennung zuteil. Dem stehen gegenüber die Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft. Es wäre grundfalsch, wenn wir uns zu jenen gesellen würden, die gerne die Meinung verbreiten, daß ein schöneres und besseres Leben nur vom guten Willen der Regierenden abhängt. Wir haben uns vielmehr den Jungen zu stellen, indem wir sie nicht nur anhören, sondern auf ihre Ideen eingehen und abwägen, wo der Elan der Jungen und die Erfahrung der Älteren zu vereinen ist.

Und nun entbiete ich auch unseren Landesbediensteten, den Beamten und Vertragsbediensteten, den Ärzten, dem Pflegepersonal und den Arbeitern, meinen Gruß.

Ein Sechsmilliardenbudget zu verarbeiten und die verfügbaren Gelder gemäß den Beschlüssen der Regierung einzusetzen, ist eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Regierung und Landtag können sich auf bewährte Organisationsformen stützen. Wir sind jedoch fortlaufend verpflichtet, gemeinsam abzuwägen, welche Verbesserungen unausweichlich sind, um den steigenden Arbeitsaufwand rationell zu bewältigen. Wir würden der Bevölkerung einen schlechten Dienst erweisen, wenn die Zahl der Bediensteten ungebührlich vermehrt würde. Daher bedarf es vieler moderner Hilfsmittel,

um optimale Leistungen zu erzielen. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Erfahrungen des In- und Auslandes zu verwerten. Es ist uns laufend aufgetragen, von Gewohnheiten Abschied zu nehmen und Neues zu wagen. Zu diesem Wagnis sind alle aufgerufen, die in ihrer beruflichen Pflichterfüllung nicht nur ihre Existenzgrundlagen, sondern eine Lebensaufgabe für unser Land und seine Menschen sehen. Und schließlich:

Es ist uns aufgetragen, den Raum der Freiheit mit vollem Leben zu erfüllen. Wenn wir uns alle vier bzw. fünf Jahre in der Abgabe des Stimmzettels erschöpfen, wären wir eine Demokratie auf niedriger Entwicklungsstufe. Jeder, der Verantwortung trägt, möge in seinem Bereich immer wieder dafür sorgen, daß Mitbestimmung als Mitverantwortung aktiviert werden kann. So manche hierarchische Struktur beginnt sich aufzulösen. Dem haben wir entgegenzusetzen das Ordnungsprinzip, welches von freien, unabhängigen Bürgern freiwillig und selbständig getragen wird. Das Spannungsfeld Freiheit — Gleichheit haben wir stets in einem angemessenen Verhältnis zu halten. Mutig und entschlossen im Grundsätzlichen und beweglich, wenn es gilt, sich auf den Wandel des Lebens einzustellen. Immer haben wir daran zu denken, daß wir nicht nur sogenannte große Politik zu machen haben, sondern daß wir uns um alle jene zu mühen haben, die einsam, verlassen und hilflos des Rückhaltes der Gemeinschaft bedürfen.

Diese Gemeinschaft muß jedoch lebendig werden, indem nicht verordnet, ermahnt und belehrt wird, sondern das Verständnis und der Wille, dem Nächsten zu helfen, immer mehr Geltung in unserem Lande erlangen. Dazu laden wir auch alle Organe unserer Landesverwaltung ein.

Bedenken wir, daß hier in unmittelbarer Nähe im pulsierenden Zentrum unserer Landeshauptstadt und überall im ganzen Land auch in der vorweihnachtlichen Zeit Menschen leben und sterben, die niemanden um sich und bei sich haben. Unser Gewissen läßt sich nicht durch einige Millionen befriedigen, die aus den Steuergeldern zur Verfügung gestellt werden, sondern durch das ständige Bemühen aller, sich um jene Männer und Frauen zu kümmern, die ein Leben lang für uns gearbeitet haben oder die im Schatten der guten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leben.

Tragen wir daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, von diesem Hohen Hause ein Licht ins ganze Land, indem wir ein Beispiel der Selbstbescheidung geben, welches uns große Steirer, zuletzt unser unvergeßlicher Josef Krainer, vorgelebt haben. Diese Mahnung soll immer hier im Raume stehen bis ans Ende unserer Tage. Denn nur dann sind wir würdig, Beauftragte des Volkes zu sein und können uns zu jeder Zeit dem Urteil unserer Wähler stellen.

Ihnen allen und der gesamten steirischen Bevölkerung darf ich noch einmal eines versichern:

daß ich bei allen menschlichen Unzulänglichkeiten, die jeder hat, nach bestem Wissen und Gewissen bereit sein werde, meine Aufgabe für alle zu erfüllen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl eines Regierungsmitgliedes. Auch diese Wahl müßte gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages mittels Stimmzettels vorgenommen werden, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage vor, diese Wahl durch Erheben einer Hand vorzunehmen und ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Mein Vorschlag ist angenommen.

Ich ersuche nun einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Wahlvorschlag.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der Fraktion der Österreichischen Volkspartei darf ich als neues Regierungsmitglied den bisherigen Abgeordneten zum Nationalrat Herrn Dr. Josef Krainer vorschlagen. Doktor Josef Krainer ist bei vielen Landsleuten in der Steiermark nicht unbekannt. Ich darf daher um Ihre Zustimmung bitten.

Präsident: Sie haben den Vorschlag gehört. Wenn Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich Sie, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche, Herrn Dr. Josef Krainer in den Saal zu geleiten. (Dr. Krainer wird in den Saal geholt — Beifall.)

Herr Dr. Josef Krainer, Sie wurden soeben einstimmig zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Dr. Josef Krainer: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich bitte Sie, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Ich begrüße Herrn Dr. Josef Krainer in unserer Mitte als neuen Landesrat und wünsche ihm herzlich Erfolg in der Erfüllung der Aufgaben, denen er nun seine ganze persönliche Verantwortung und Einsatzfreude zuwenden wird.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15.55 Uhr.